

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerstags
und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Ver-
teiler, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

39. Jahrgang.

N. 132.

Dienstag, den 8. November

1892.

Bekanntmachung.

Am 1. und 2. dieses Monats sind:

- 1) Herr Kaufmann **Max Anger** als Vicezugführer der Spritze V,
- 2) Herr Kaufmann **William Ziegler** als Vicezugführer der Spritze III,
- 3) Herr Kaufmann **Paul Meyer** als Zugführer der Spritze IV,
- 4) Herr Maschinenführer **Paul Hendel** als Zugführer der Bedienungsmannschaften des Geräthewagens

der städtischen Feuerwehr verpflichtet und eingewiesen worden.

Eibenstock, den 3. November 1892.

Der Stadtrath.

Dr. Körner.

Hans.

Am 1. November 1892 ist der zweite Termin der diesjährigen hiesigen **Communanlagen** fällig gewesen.

Es wird dies mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß nach Ablauf der achtzähligen Zahlungsfrist gegen etwaige Restanten das Zwangsvollstreckungsverfahren einzuleiten ist.

Der Gemeinderath zu Schönheide.

Bekanntmachung.

Die Wahl eines ländlichen Abgeordneten zur Bezirksversammlung für die zu einem Wahlbezirk vereinigten Gemeinden **Oberflühengrün, Unterflühengrün und Hundshübel** soll

Donnerstag, den 17. Novbr. a. c., Nachmittags 2 Uhr im **Böttcher'schen Gasthofs** hier stattfinden. Die Herren Vorstände beziehentlich Wahlmänner genannter Gemeinden werden hierzu freundlichst eingeladen.
Oberflühengrün, den 4. November 1892.

Müller, Wahlcommissar.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Am 4. ds. Mts. hat im Reichs-Eisenbahnamt eine kommissarische Verhandlung stattgefunden, um über die Frage der Sonntagruhe im Eisenbahn-Güterverkehr zu beraten. Zeitraubende Erhebungen über den bisherigen Zustand waren vorausgegangen. Vertreter der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg sowie des Senats von Lübeck nahmen an der Verhandlung theil. Allseitig wurde als erwünscht anerkannt, daß den Eisenbahn-Beamten und -Arbeitern eine ausgiebigere Sonntagruhe gewährt werde; indeß schien es erforderlich, zunächst durch eingehende Ermittlungen festzustellen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Einstellung des Güterverkehrs an Sonn- und Festtagen durchführbar sei. Diese Ermittlungen sollen nach übereinstimmenden, bei der jetzigen Verhandlung vereinbarten Grundsätzen ausgeführt werden. Auf den preussischen und sächsischen Staatsbahnen sind derartige Vorarbeiten bereits im Gange.

— Die „Münch. Allg. Ztg.“ schreibt: „Wenn kürzlich“, schreibt uns unser Vertreter aus Berlin, „in einer mitteldeutschen Zeitung behauptet wurde, die Verdrängung der Militärvorlage sei von einer deutschen Regierung ausgegangen, welche mit der Vorlage nicht einverstanden sei“, so hat der Verfasser dieser Notiz vielleicht Gloden läuten hören, von denen er nicht recht wußte, wo sie hängen. Personen, welche den Anspruch erheben, als unterrichtet zu gelten, versichern allerdings, daß die Militärvorlage an den größeren deutschen Höfen mit ernstlichen Bedenken aufgenommen worden sei, sowohl wegen der Kosten als wegen des darin zugesagten Ueberganges zur zweijährigen Dienstzeit. Als die Souveräne, welche namentlich in letzterer Beziehung nicht ohne Sorgen sind, werden — ob mit Recht oder Unrecht bleibt dahingestellt — die Könige von Sachsen und Württemberg und der Großherzog von Baden bezeichnet. Unwahrscheinlich ist die Sache nicht. König Albert, gegenwärtig unbestritten Deutschlands erster Feldherr, weiß die Qualität einer Armee viel zu hoch zu würdigen, um sie zu Gunsten der Quantität preiszugeben, ihm sind die großen Erfahrungen des Jahres 1870, die Leistungen der von ihm geführten Maas-Armee und des 12. Armeekorps bei St. Privat viel zu sehr im Gedächtnis, als daß er der Neuerung freudig zustimmen sollte. Popularitätsbedürfnis kann für ihn bei der Entscheidung über militärische Fragen nicht in Betracht kommen. Der König von Württemberg aber und der Großherzog von Baden sind aus der militärischen Schule Kaiser Wilhelm's I. hervorgegangen, und man darf voraussetzen, daß sie noch heute auf dem Boden der Anschauungen stehen, welche Wolke wiederholt im Reichstage über die zweijährige und dreijährige Dienstzeit vorgetragen hat. Aber auch über die Militärvorlage hinaus verlaute, daß die genannten deutschen Souveräne auch sonst mit der Richtung wenig einverstanden seien, welche die deutsche Entwicklung der letzten Jahre genommen hat, und aus diesem Umstande heraus mag das Gerücht entstanden sein, welches aus politischen Kreisen

bereits Mitte August verbreitet und noch in den letzten Wochen von gut orientirten Persönlichkeiten in Baden bestätigt wurde: daß auf Anregung des Großherzogs beschlossen worden sei, gelegentlich der lothringischen Manöver die Lage des Reiches zum Gegenstande einer gemeinsamen Erörterung mit Sr. Majestät dem Kaiser zu machen, und namentlich auf die dringende Nothwendigkeit hinzuweisen, die Klust zu schließen, welche gegenwärtig den Kaiser noch von dem größten Deutschen, dem Staatsmanne trennt, welchem Kaiser und Reich ihre Wiedererhebung verdanken und der in seiner Person die festeste Klammer des Reiches darstellt.“ Diese Ausführungen des Gewährsmannes der „Münch. Allg. Ztg.“ sind, wie die „Dr. N.“ bemerken, jedenfalls mit aller Reserve aufzunehmen.

— München. Alljährlich im Spätherbst, wenn die Hauptfeldarbeit gethan ist und noch keine Schneespur zum Verräther werden kann, regen sich, wie aus Aibling geschrieben wird, in unserer Umgebung die Haberfeldtreiber und fast immer in der Nacht vor einem Sonntag oder Feiertag findet das Treiben statt. Vorletzten Sonnabend nun war in Holskirchen das Gerücht verbreitet, daß in der Nacht „etwas losgehen werde“; die Gendarmerie war benachrichtigt und verstärkt — aber Alles blieb ruhig. Sei es, daß die Haberer — wie schon so oft — absichtlich die Nachricht verbreitet hatten, um die Polizei irre zu führen, sei es, daß ihre Absicht, dort zu treiben, verathen, sie selbst jedoch rechtzeitig gewarnt wurden. Dafür trieben sie es in fraglicher Nacht um so bunter in dem nahen Götting. Kaum hatte die Thurmuhr die Mitternachtsstunde ausgeschlagen, als das Treiben begann. Erst ein starker Schuß, wie aus einem Böller, vom Trischenberg her, dann eine förmliche Gewehrsalve und jetzt brach los: „Schreien, Pfeifen, Zohlen, die „Windmühle“ klappert, Kuhschellen klingen hinein, dazu ununterbrochenes Gewehrgetöse — kurz ein Höllenlärm, der auf weite Entfernung gehört wurde. Auf den Pfarrhof wars abgesehen, dort und noch bei zwei Bauern wurde regelrecht getrieben. Alle Straßen und Zugänge zum Dorf hatten die Haberer durch Posten gesichert, beispielsweise waren an der Wangsallbrücke drei Mann aufgestellt. Nach etwa 3/4 Stunden war der ganze Spuk vorüber. — Götting und seine Umgebung wurde — besonders in den früheren Jahren — häufig von den Haberern heimgesucht; vor etwa 25 Jahren trieben sie es so bunt, daß plötzlich alle waffenpflichtigen Leute jener Gegend zum Militär einberufen und eine größere Abtheilung vom Leibregiment, mit dem Stab in Götting, dorthin verlegt wurde.

— Ueber den Schutz der Waldungen, welche von der Eisenbahn durchschnitten werden, gegen Entzündung durch Funkenauswurf der Lokomotiven sind seit Jahren in mehreren Eisenbahndirektionsbezirken Versuche angestellt worden, welche ergeben haben, daß sich ein erhöhter Schutz damit erreichen läßt, daß die vorhandenen Fortschugsstreifen mit Laubholz in niederem Umtriebe aufgeforschet werden. Derartige Anpflanzungen sind geeignet, sowohl die Funken aufzufangen und unschädlich zu machen, als auch das Wachsthum feuerempfindlicher Vegetation auf dem Erdboden hintanzuhalten. Als besonders geeignet für diese Anpflanzungen haben sich, wie der „Reichs- und

Staats-A.“ mittheilt, Birken und Weiden, weniger Buchen, Fichten und Kiefern erwiesen.

— Oesterreich-Ungarn. Deutsch ist zwar in Oesterreich die Amts- und Heeresprache, ohne indessen als Staatssprache formell anerkannt zu sein. Auf den Münzen erscheint nunmehr Lateinisch als offizielle Staatssprache. Während die neuen ungarischen Münzen einen ungarischen Text aufweisen, liest man auf den österreichischen Kronen XX oder X „coronae“, auf den österreichischen Scheidemünzen gar nur die Zahl ohne Angabe der Münzgattung, vermuthlich weil für das Wort „Seller“ noch keine lateinische Uebersetzung gefunden worden ist. Die alten österreichischen Münzen tragen deutschen Text, den Jedermann verstand, die neuen Münzen mit ihrem Latein bilden ein weiteres Zugeständnis an die Slaven auf Kosten der Deutschen.

— Dänemark. Nach einem Kopenhagener Berichte der „Pol. Kor.“ hat die dortige katholische Gemeinde dieser Tage einen Bischof erhalten, was im Hinblick darauf, daß es seit der Reformation keinen katholischen Bischof in Dänemark gab, als ein beachtenswerthes Ereigniß anzusehen sei. Der Katholizismus mache überhaupt, wie der Bericht betont, in Dänemark stetige Fortschritte und es sei angesichts der von ihm mit reichen Mitteln betriebenen Propaganda kaum zu bezweifeln, daß er sich in der nächsten Zukunft noch weiteren Boden erobern werde. Am 1. November ist in Kopenhagen die Feier des 50-jährigen Bestandes der dortigen katholischen Ansiedlerkirche feierlich begangen worden.

— Spanien. Die Unruhen in Granada, wo eine zehntausend Personen starke Volksmenge, während über das Nichtkommen der königl. Familie zur Kolombusfeier, alle Triumphbögen, Fahnenmasten und die königl. Tribüne zerstörte, die Behörden und die Gendarmerie vom Hauptplatze verjagte und selbstständig das Kolombus-Standbild enthüllte, haben große Besorgnis in den politischen Kreisen Spaniens hervorgerufen. Nicht nur die gesammte Oppositionspresse, sondern auch konservative Blätter tadeln heftig die schwankende unzuverlässige Politik Canovas'. Eine Ministerkrise gilt als bevorstehend. Die Minister geben die offiziell angezeigte Reise nach Granada aus Furcht vor Volksdemonstrationen auf. Der Präsekt und der Bürgermeister von Granada wurden abgesetzt. Die Entlassung des Bürgermeisters von Madrid ist angenommen.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Leipzig, 3. November. In einer am gestrigen Abende hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung des „städtischen Vereins“ wurde über das Thema: „Die Leipziger Messe“ referirt. Der Referent erörterte die möglichen Folgen des Ausfalles der diesjährigen Michaelismesse und beleuchtete das Bestreben Berlins, die Messen von hier nach dort zu verlegen. Sodann trat er für die Aufhebung aller derjenigen Bestimmungen ein, welche die Entwicklung des Messvergnügens hemmen, so das Verbot der Schaubuden, Schießbuden und Singpiel-Gesellschaften auf dem Messplatze und dergleichen. Man beschloß, bei den hiesigen städtischen Behörden dahin vorstellig zu werden, diese Messbeschränkungen künftighin in Wegfall zu stellen.